

DEMOKRATIE, RECHTSSTAAT UND SERVICE PUBLIC

Ausgangslage

Der demokratische Rechtsstaat setzt die Beteiligung aller voraus. Er will die Teilung der Gewalten innerhalb des Staats. Und er will den Schutz der Rechte der Einzelnen vor Macht und Willkür. Der rechtsbürgerliche Populismus untergräbt zusehends diese demokratischen Grundwerte. Minderheiten werden diskriminiert. Die Unabhängigkeit der Justiz wird in Frage gestellt. Ganze Bevölkerungsgruppen, die in unserem Land aufgewachsen sind, werden systematisch von der Staatsbürgerschaft und dem Wahrnehmen ihrer demokratischen Rechte ausgeschlossen. Dazu kommt, dass im neoliberalen Politdiskurs der Staat, der die Freiheit und die Freiheitsrechte garantiert, als Feind der Freiheit schlecht geredet wird. Den staatlichen Betrieben wird die Leistungsfähigkeit und Effizienz abgesprochen. Mantramässig wird die Privatisierung von Betrieben des Service Public gefordert. Die Erfahrung der breiten Bevölkerung ist aber eine andere: Vielerorts hat die Privatisierung das Gegenteil von Wirtschaftlichkeit und Effizienz gebracht. Leistungen werden teurer, Angebote dünner, Qualität und Service schlechter. Doch die privaten Gewinne sollen dafür dicker werden.

Grundziele der SP

Wir wollen einen Staat, der für gleiche Rechte und Ausgleich sorgt.

Der Staat muss nicht für alles zuständig sein. Er soll dafür sorgen, dass die Rechte einer und eines jeden geschützt sind und der Service Public aufrechterhalten bleibt. Alle sollen sich an unserer Demokratie beteiligen dürfen und die Leistungen des Service Public müssen für alle verfügbar sein. Das heisst auf der einen Seite, dass sich alle an unserer Demokratie beteiligen dürfen. Auf der anderen Seite müssen die Leistungen des Service Public allen zukommen. Sie dürfen nicht als privatisierte Angebote wenigen vorbehalten sein. Wir tragen Sorge zu diesen demokratischen Strukturen in der Politik und im Service Public, denn sie sind die Grundlage des sozialen Friedens und des wirtschaftlichen Gedeihens. Ein schwacher Staat kann kein sozialer Staat sein.

Unsere Forderungen

Menschenrechte und Minderheitenschutz: Auch der Kanton Baselland muss durch Regierung und Parlament klar für den Schutz der Menschenrechte Stellung nehmen und klar gegen die Diffamierung von Minderheiten auftreten. Die Gewährleistung der gleichen Rechte für alle ist gerade in unserer Grenzregion von grosser Bedeutung.

Ausbau der demokratischen Rechte: Wir setzen uns konsequent ein für den Ausbau der demokratischen Rechte durch die Einführung des Stimm- und Wahlrechtsalters 16 und durch die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Niedergelassene auf Gemeinde- und Kantonsebene.

E-Voting: Die gesetzliche Grundlage für E-Voting ist geschaffen worden. Nun muss vertieft geprüft werden, ob E-Voting heute bereits den Sicherheitsanforderungen unserer Demokratie entspricht. Langfristig sollen alle elektronisch abstimmen und wählen können.

Keine Privatisierung von Staatsbetrieben: Bestrebungen, weitere staatliche Betriebe zu privatisieren, gilt es zu bekämpfen. Wo sie nicht zu verhindern sind, muss die politische Kontrolle über diese Betriebe des Service Public gewährleistet bleiben. Bereits privatisierte Betriebe gilt es wieder unter demokratische Kontrolle zu bringen.

Faire Arbeitsbedingungen für die Kantonsangestellten: Die Arbeit der Kantonsangestellten soll wertgeschätzt werden. Wir lehnen die «leistungsabhängige» Lohnkomponente ab. Sie zerstört den Teamgeist und hat negative Folgen für die Qualität der Arbeit. Seit Jahren erhalten Kantonsangestellte netto weniger Lohn. Die Teuerung soll endlich wieder ausgeglichen werden. Die Rentenbezügerinnen und -bezüger müssen sich auf ihre Renten verlassen können. Ausserdem gehören die Verluste bei der Pensionskasse kompensiert. Der Kündigungsschutz darf nicht gelockert werden.

Transparenz in der Parteienfinanzierung: Es braucht Transparenz in der Parteienfinanzierung. Wir fordern, dass Parteien und Komitees dazu verpflichtet werden, ihre Budgets und Geldquellen offenzulegen.

Mit Transparenz gegen Wirtschaftskammer-Filz: Die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton muss nachhaltig, ökologisch, ökonomisch sowie demokratisch gesteuert werden, damit die Interessen der ganzen Bevölkerung gewahrt bleiben. Verflechtungen von Wirtschaftsverbänden, einzelnen Unternehmen, Kanton und Gemeinden müssen offengelegt werden.

Keine menschenverachtenden Investitionen durch staatsnahe Betriebe: Staatsnahe Betriebe sowie die Pensionskasse dürfen nicht mehr in Unternehmen investieren, welche Menschenrechte, Umweltstandards sowie die Rechte der ArbeitnehmerInnen nicht einhalten und/oder in Kriegsgeschäften engagiert sind.

Keine menschenverachtenden Unternehmen im Kanton: Der Regierungsrat soll sich in Bern für eine Regelung einsetzen, die es ermöglicht, Unternehmen, welche ihren Hauptsitz im Kanton haben, zu verpflichten, auch im Ausland Menschenrechte, Umweltstandards sowie die Rechte der ArbeitnehmerInnen einzuhalten.

Service Public erhalten und ausbauen: Die Regierung muss dafür sorgen, dass die Angebote des Service Public nicht ausgehöhlt, sondern ausgebaut werden. Ein guter Service Public braucht gutes Personal und damit gute Arbeitsbedingungen. Das Poststellennetz muss im ganzen Kanton erhalten bleiben, auch in den Randregionen. Die Versorgungsnetze für Strom und Wasser dienen als öffentliche Güter der Allgemeinheit und nicht dem Profitstreben von Investoren. Der öffentliche Verkehr muss, mit genügend Angeboten, allen dienen - auch in den Randregionen. Die Polizei braucht genügend Ressourcen, um die Verbrechensbekämpfung erfolgreich gewährleisten zu können.